



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entwicklung der gemeinsamen Region Mitteldeutsches Revier - eine stärkere parlamentarisch-kooperative Zusammenarbeit auf der Ebene der Landtage Sachsen-Anhalt und Sachsen voranbringen

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/6262

Der Landtag wolle beschließen:

Mitteldeutsches Revier stärken

1. Der Landtag nimmt sowohl das „Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze“ (Kohleausstiegsgesetz) als auch das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ zur Kenntnis.
2. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die regionale Abgrenzung des Mitteldeutschen Reviers im „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ Gebietskörperschaften in Sachsen und Sachsen-Anhalt umfasst und auch das Altenburger Land in Thüringen eine Förderung des Bundes erhalten soll.
3. Die Landesregierung wird gebeten,
 - a) einen nachhaltigen Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier durch den Aufbau neuer und der weiteren Entwicklung bestehender industrieller Standorte, zu denen auch eine verbesserte verkehrliche, digitale und soziale Infrastruktur gehört, weiter voranzutreiben.
 - b) die Förderung des Mitteldeutschen Reviers weiterhin und insbesondere bei länderübergreifenden Großvorhaben in enger Abstimmung mit der sächsischen Landesregierung durchzuführen. Auch die Zusammenarbeit mit der thüringischen Landesregierung wird bei gemeinsamen und bedeutsamen Projekten empfohlen.
 - c) kontinuierlich über den Stand der Verhandlungen einer Bund-Länder-Vereinbarung sowie über geplante Projekte und deren Umsetzung im Aus-

(Ausgegeben am 08.07.2020)

schuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien und im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung zu berichten.

- d) den Landtag vor Unterzeichnung der Bund-Länder-Vereinbarung zur Umsetzung des „Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen“ über deren, zwischen Bund und Ländern ausgehandelte, Inhalte in Kenntnis zu setzen.

Begründung

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und Strukturwandel hat einen gesellschaftlich breit getragenen Kompromiss zum Kohleausstieg vor dem Hintergrund der Erreichung der Klimaschutzziele als Grundlage für die weitere Entwicklung des Mitteldeutschen Reviers erzielt. Auf Basis der Empfehlungen der Kommission stellt der Bund für den nachhaltigen Transformationsprozess in den deutschen Braunkohlerevieren bis zu 40 Milliarden Euro bereit. Neben bundeseigenen Maßnahmen werden den Ländern bis zum Jahr 2038 Finanzhilfen in Höhe von bis zu 14 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, von denen Sachsen-Anhalt einen Anteil von bis zu 1,68 Milliarden Euro erhalten kann.

Die Inanspruchnahme der Finanzhilfen des Bundes durch das Land Sachsen-Anhalt setzt die Einrichtung notwendiger Organisationsstrukturen voraus. Eine Bund-Länder-Vereinbarung soll die Umsetzung des „Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen“ regeln und wird gegenwärtig zwischen dem Bund und den vier Braunkohleregionen verhandelt. Für einen zielgerichteten Einsatz der Finanzhilfen im Mitteldeutschen Revier und eine größtmögliche Wirksamkeit dieser Maßnahmen sollten sich die Regierungen der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen über die jeweils geplante Förderung beraten und bei gemeinsamen Großprojekten eng abstimmen. Eine kontinuierliche Information an den Landtag Sachsen-Anhalts ist dabei erforderlich, um eine Berücksichtigung der dortigen Reviervertreter sicherzustellen. Zusammen mit dem Kohleausstiegsgesetz als auch das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ muss jetzt eine weitreichende Bund-Länder-Vereinbarung geschaffen werden, welche den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier begünstigt.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN